INTERESSE

2017/3

Soziale Information Nr. 3

Herausgegeben vom
Sozialreferat der Diözese Linz

Biegen wir falsch ab?

Sinkende Wahlbeteiligung und erstarkender Populismus stellen nicht nur Gefahren für die Demokratie dar, sie verweisen auch auf den Bedarf politischer Reformen. Doch wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft und in welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?

Von Heide Schmidt

Früher hat mich die seit Jahren sinkende Wahlbeteiligung nicht beunruhigt. Als Kind einer Zeit und eines Landes, wo bis in die 1980er-Jahre die beiden herrschenden Parteien bei hoher Wahlbeteiligung über mehr als 90 % Zuspruch verfügten, außerdem die Parteimitgliederbindung sehr hoch war, empfand ich den Rückgang der Zustimmung, der auch in einer niedrigeren Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam, eher als Zeichen einer Demokratisierung. Selbst Politikerverdrossenheit konnte man hinnehmen, solange nicht üble Populisten das frei gewordene Terrain besetzten. Nun allerdings läuten die Alarmglocken und weisen auf mehrere Gefahren hin. Es geht um die Demokratie – und darum, wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt.

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Lebensverhältnissen der Wahlberechtigten untersucht und ist zu bemerkenswerten Ergebnissen gekommen, die mit sozialer Spaltung erklärt werden können: je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen, je höher die Arbeitslosigkeit, desto niedriger die Wahlbeteiligung, je höher der formale Bildungsstand, desto höher die Wahlbeteiligung. Die Studie kam zum Ergebnis, dass die Bundestagswahl 2013 sozial nicht mehr repräsentativ war und äußerte die Befürchtung, dass sich Deutschland zu einer Demokratie der Besserverdienenden entwickle. Die Verhältnisse in Österreich sind zwar nicht 1 : 1 vergleichbar (hier hat die FPÖ die nachlassende Mobilisierungskraft der Sozialdemokratie zum Teil abgefangen), aber die Entwicklung wirft auch bei uns besorgniserregende Fragen auf.

Diese Erkenntnisse erklären zwar nur einen Teil sinkender Beteiligung, aber einen höchst brisanten. Die Grenze zu anderen Erklärungen ist schwer zu ziehen, Ursachenfelder überschneiden sich, das eine löst oft das andere aus. Offensichtlich ist, dass Politikverdrossenheit mit im Spiel ist, Verunsicherung, Zukunftsangst, ein Verlust von Orientierungspunkten. Während die Studie „reale Fakten“ erhoben hat, sind letztere „gefühlte Fakten“, in ihrer Auswirkung aber nicht minder wirksam. Die Mischung ist es, die für Verführung empfänglich macht, womit wir beim Populismus sind.

Populismus als Herausforderung für die Demokratie

In Österreich kennen wir diese Krankheit der Demokratie seit den späten 80er-Jahren, stets mit der Zuordnung „rechts“ verbunden; inzwischen hat der Populismus etliche weitere Länder erfasst. Beunruhigend ist, dass die Demaskierung erfolgreicher PopulistInnen und ihrer antidemokratischen Strategien ihrem Erfolg kaum schadet. Es gelingt ihnen zunehmend, die Demokratie umzudefinieren und Teile der etablierten Eliten zu KollaborateurInnen zu machen. Der Politikwissenschafter Jan-Werner Müller kommt daher zum Ergebnis, dass das Schicksal der Demokratie nicht nur von „rebellischen Außenseitern“ abhänge, sondern davon, inwieweit etablierte Eliten mit ihnen gemeinsame Sache machen bzw. ihre Ideen kopieren. Das führt uns in den österreichischen Wahlkampf, in dem wir uns seit Mai 2017 befinden. In diesem Zusammenhang wurde mir von INTERESSE die Frage gestellt, wie ich als Ex-Politikerin mir denn vorstelle, wie unser Land „politisch reformiert“ werden könne.

Als Politikerin habe ich mir eine – wenn auch schwierige – Handlungsanleitung des von mir geschätzten Soziologen Ralf Dahrendorf zu eigen gemacht. Es sei notwendig, drei Ziele gleichzeitig und mit dem gleichen Engagement anzustreben: die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, die Sicherung der Grundrechte seiner BürgerInnen sowie sein sozialer Zusammenhalt. Nie dürfe das eine auf Kosten des anderen gehen, wie die unterschiedlichen Lebensqualitäten in zahlreichen Ländern zeigen. Ich habe seinerzeit diese drei Ziele zum

Interesse 03_2017.indd 1 27.07.2017 11:11:57

Biegen wir falsch ab?

Fortsetzung von Seite 1

„Dahrendorfschen Dreieck“ erklärt und so hat es in unserer Geschichte der Liberalen seinen Platz gefunden. Ich glaube, dass man erst sein Ziel kennen muss, um zu überlegen, wie man es erreichen kann. Die österreichische Unart, sich in Detailfragen zu verbeißen ohne vorher das große Ganze zu definieren, konnte gut gehen, solange in diesem Ganzen Unterschiedlichkeiten Platz hatten, die infolge der finanziellen Möglichkeiten bedient werden konnten und in dem die traumatisierenden Erfahrungen der Vergangenheit der funktionierende Kitt waren, um das gemeinsame Ganze nicht zu gefährden. Dabei wurde die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, von Konservativen und Progressiven immer schon unterschiedlich beantwortet, aber der gemeinsame Nenner scheint ein größerer gewesen zu sein. Vielleicht weil die Durchsetzungs- und Veränderungsmöglichkeiten andere waren, vielleicht weil die Herausforderungen einigender wirkten. Das ist heute anders.

Unterschiedliche Vorstellungen von Gesellschaft

Drei der für mich herausragendsten Beispiele unterschiedlicher Gesellschaftsvorstellungen sind die Migrations-, Bildungs- sowie die Steuer- und Austeritätspolitik. Sie beinhalten die derzeit wirksamsten Weichenstellungen für die Richtung der Entwicklung einer Gesellschaft. In der Politik entscheiden sich Maßnahmen oft daran, was man bereit ist, in Kauf zu nehmen. Ein klares „Richtig“ oder „Falsch“ ist oft nicht auszumachen, hinzukommt der für die Demokratie wichtige Kompromiss. Um mit einem Kernpunkt der Migrationspolitik zu beginnen: Nehme ich in Kauf, dass eine Zahl an rettbaren Menschen stirbt, um vielleicht eine größere Zahl davon abzuhalten, ein Todesrisiko einzugehen? Nehme ich evident unmenschliche und gewaltbeladene Lagerzustände außerhalb meines Einflussbereiches in Kauf, um den eigenen Einflussbereich „sauber“ zu halten? Mit allen Auswirkungen auf die Menschenrechte und das diesbezügliche Bewusstsein der Bevölkerung. Ganz zu schweigen vom Schicksal der Menschen, mit denen solcherart ein Exempel statuiert werden soll. Ich kann nur schwer ertragen, dass eine solche Vorgangsweise im Jahr 2017 mehrheitsfähig sein soll und ich behaupte, dass eine Gesellschaft, die das zulässt, eine grundsätzlich andere ist als jene, die sich dagegen stellt.

Da ist es leichter, die Bildungspolitik zu argumentieren. Aber auch hier scheiden sich die Geister zwischen jenen, die an einem System festhalten, in dem Bildung vornehmlich vererbt wird und jenen, die wissen, dass Chancengerechtigkeit eine Änderung voraussetzt. Und schließlich die Steuer- und Austeritätspolitik. Fast jede(r) teilt die Meinung, dass unsere Steuer- und Abgabenquote gesenkt werden sollte. Es geht aber auch um die Struktur der Abgaben. Beim Schlagwort der Ökologisierung des Steuersystems erntet man noch Zustimmung, bei der Umsetzung allerdings zeigt sich, wie sehr unternehmerische Eigeninteressen die Politik dominieren. Und dass in einer Zeit der Roboterisierung die Idee einer Wertschöpfungsabgabe eine diskussionsverunmöglichende Abwehrfront hervorruft, ist gesellschaftlich ebenso kaum erklärbar. Fehlt noch ein Wort zur europäischen Austeritätspolitik. Lange wurde die Finanzkrise von 2008 in eine Schuldenkrise umgedeutet, wobei so manch unverantwortlich angehäufter Schuldenberg dieser Deutung half; sie lenkte davon ab, die eigentliche Ursache bei den Finanzmärkten und ihrer Deregulierung zu sehen. So wurde bei der Bekämpfung in erster Linie zu Austerität statt zu Regulierung gegriffen, was insbesondere in Griechenland zu erheblicher Verschlechterung der Lebensumstände für sehr viele Menschen geführt hat. Die Selbstmordrate ist signifikant gestiegen und die europäische Politik unter deutscher Federführung wird sich mit dem Hinweis auf die Schuld vormaliger griechischer Politiker von der eigenen nicht freimachen können.

Notwendiger Reformbedarf

Das alles ist veränderbar, wenn auch langsam. Es hängt davon ab, welche PolitikerInnen mit welchen Gesellschaftsvorstellungen bei Wahlen mit Macht ausgestattet werden. Ich schreibe das im Wissen darum, dass sich der Spielraum der (nationalen) Politik in den letzten Jahren massiv verkleinert hat und an Grenzen stößt. Dennoch müssen wir beginnen! Setzen wir z. B. beim Föderalismus an. Ich halte es für notwendig, dass wir unsere gesamte Gesetzgebung beim Bund konzentrieren, dass Einnahmen- und Ausgabenverantwortung in einer Hand (vornehmlich beim Bund) liegen und dass es in der öffentlichen Verwaltung ein einheitliches Dienstrecht gibt. Bei den meisten innerstaatlichen Reformvorhaben haben sich die LändervertreterInnen als die mühsamsten Bremsklötze erwiesen. Die meisten Blockaden waren nicht der Sachgerechtigkeit, sondern parteipolitischen Machtinteressen geschuldet. Die Sozialpartner wiederum haben sich zu oft als scheuklappenbehaftete Verhinderer erwiesen. Das konnte funktionieren, weil infolge unsachgemäßer Strukturverschränkungen ihr politischer Einfluss weit über eigentliche Interessensvertretung hinausgeht. Wenn die Sozialpartnerschaft zu einem modernen Selbstverständnis findet und ihr Einflussbereich von der Politik auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt wird, so kann der dort vorhandene Erfahrungsschatz wieder sinnvolle Wirkung entfalten.

Vom bisherigen Föderalismus müssen wir uns aber verabschieden. Nur so kann ein wesentlicher Teil des Spielraums geschaffen werden, in dem sich die Politik wieder eine Gestaltungsrolle erkämpft. Wenigstens in Österreich.

Interesse 03_2017.indd 2 27.07.2017 11:11:57

Der Staat als Firma

Die kruden Ideen der Staatsverweigerer

Die Reichsbürger in Deutschland und die Staatsverweigerer in Österreich sind mittlerweile keine kleine, unschuldige Gruppe mehr: Gewaltakte, Waffenarsenale und Behinderungen der Justiz machen den Staaten zu schaffen.

Edwin Baumgartner,
Journalist der Wiener Zeitung

Dementsprechend bezeichnete das deutsche Innenministerium im Jänner dieses Jahres die „Reichsbürger" als „ernstzunehmende extremistische Gefahr". Österreich reagiert mit Gesetzen auf vergleichbare staatsfeindliche Gruppen. In beiden Ländern stehen sie immer öfter vor Gericht, meist wegen Amtsanmaßung und Nötigung.

Ob Reichsbürger oder Staatsverweigerer – die Ideen sind vergleichbar: Der Staat ist als solcher inexistent, er ist eine von Banken gesteuerte Kapitalgesellschaft. Österreich ist seit 1918 besetzt, also seit Ende des Ersten Weltkriegs. Die deutschen Reichsbürger verlegen das Datum der Besetzung auf das Jahr 1945. In Wahrheit bestehe das Deutsche Reich weiter, denn es habe nie einen Friedensvertrag gegeben, es gäbe auch keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz.

Wie die meisten Verschwörungstheoretiker kleben Reichsbürger und Staatsverweigerer an der eindimensionalen Bedeutung des Wortes. So argumentieren sie etwa, dass eine Verfassung nur dann eine Verfassung ist, wenn sie Verfassung heißt. Dass eine Verfassung aber „Grundgesetz" heißen kann (wie etwa in Ungarn, Dänemark und Estland), wollen die Reichsbürger nicht einsehen.

Die Parlamente sind aufgelöst

Die Staatsverweigerer tun es ihnen ähnlich nach: Erste wie Zweite Republik seien Konstrukte und nicht das Papier wert, auf dem Verfassung und Gesetzeswerk niedergeschrieben sind. Monika Unger (Steiermark) hat sich zur unabsetzbaren Präsidentin des „Staatenbundes Österreich" emporgeschwungen. Im Oktober 2016 erließ sie das „Das Regelwerk – unsere Verfassung – Staatenbund Österreich", ein Gemisch aus Gesetzgebung und esoterischer Diktion („Das ist die Welle der grenzenlosen, reinen vollkommenen Liebe"). In diesem Regelwerk ist unter anderem niedergeschrieben, dass die „Firma Republik Österreich und sämtliche Länder, die eine Zentralbank hatten, sich im Rechtsbankrott befinden". Weiters heißt es:

- Alle sogenannten Ämter und Behörden sind sofort zu schließen.
- Sämtliche Gerichte, Staatsanwaltschaften und die gesamte Justiz haben ihre Arbeit sofort einzustellen.
- Der Vatikan, die City of London und Washington DC sind aufgelöst.
- Alle Religionen sind aufgelöst.
- Die Weltbrandstifter sind sofort zu verhaften.
- Die Europäische Union, alle Regierungen und Parlamente sind aufgelöst.

Der Schluss ist wieder ganz in der Diktion der Esoterik gehalten: „Grüße in Wahrheit – Licht und Liebe! In Ewigkeit – Jetzt!"

Nun kann man natürlich die Argumente von Reichsbürgern, Staatsverweigerern und Anhängern vergleichbarer Ideen mühelos entzaubern. Sie sind in sich zu widersprüchlich, um bestehen zu können.

Welche Menschen fallen auf solchen staatstheoretischen Unfug herein? Der biografische Hintergrund der meisten ist ähnlich: Am Anfang steht meist etwas, das als Ungerechtigkeit des Staates gegenüber dem Individuum empfunden wird. In der Regel handelt es sich um Steuerschulden, nicht beglichene Gebühren oder Gerichtsverfahren aufgrund privater Verschuldung; hier geht es darum, dem Staat die Legitimität des Gerichtsverfahrens abzusprechen. In diesen Fällen ist die angebliche Inexistenz des Staates ein reiner Vorwand zur vermeintlichen Wahrung der eigenen Interessen. Der Staat wird als Firma oder Verein begriffen, man kann jederzeit austreten. In der Folge schließt man sich einem Konkurrenzunternehmen an oder gründet ein eigenes.

Sektenähnliche Mechanismen

Es gibt allerdings auch Staatsverweigerer auf pseudo-idealistischer Ebene, also auf der Basis von Verschwörungstheorien. Die Delegitimierung des Staates beginnt meist als theoretisches Spiel unter Anleitung von Bekannten aus der Staatsverweigerer-Szene oder auch durch Erklärungen im Internet, bis es dann am Punkt der individuell schwächsten Abwehr gegen die Argumente der Staatsverweigerer zu einem Aha-Erlebnis kommt. Der Mechanismus ist ähnlich wie bei der Missionierung durch Sekten.

Der Staat braucht eine Rechtsgrundlage, um gegen Staatsverweigerer vorzugehen. Was kann den Zulauf zu ihnen verhindern? Das Problem ist größer, als es auf einen ersten Blick scheint: In Österreich sind Organisationen von Staatsverweigerern erstmals 2014 aufgefallen. Im Herbst 2016 kannten die Behörden bereits rund 700 Mitglieder staatsverweigernder Verbindungen. Innerhalb nur eines Quartals ist die Zahl auf 1.100 Personen gewachsen. Die Zahl der Sympathisanten ist mit 20.000 Personen erschreckend hoch.

Die einst ungefährliche Spinnerei hat sich etabliert. Auch das kennt man von anfangs als harmlos eingestuften Sekten. Vielleicht sollte man in der Sektenprävention Modelle suchen, um Staatsverweigerern entgegenzutreten.

Interesse 03_2017.indd 3 27.07.2017 11:11:57

Die missbrauchte Verfassung

Staatsziele als Maßstab der Rechtssprechung

Soll die Verfassung ergänzt werden, wenn Gerichte nicht die gewünschten Urteile fällen? Die Schaffung von schwammigen Staatszielen ist nicht nur ein Missbrauch der Verfassung, sondern eine Flucht aus der Verantwortung.

Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer,
Verfassungsjurist

Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom Februar 2017, mit der der Antrag zur Errichtung und Betrieb der „dritten Piste" (vorerst) abgewiesen wurde, hat beachtliche Reaktionen hervorgerufen. Einige Kritiker schreckten auch vor einer persönlichen Diffamierung der RichterInnen nicht zurück. Kritik kam von VertreterInnen der Wirtschaft und von PolitikerInnen. Während sich VertreterInnen des Bundes einigermaßen maßvoll zurückhaltend äußerten, haben die Landeshauptleute von Tirol und Niederösterreich eher grob Stellung genommen – Letzterer warf dem Bundesverwaltungsgericht vor, die Wirtschaft entscheidend zu schädigen.

Kritik an gerichtlichen Entscheidungen ist selbstverständlich zulässig und in Fachkreisen auch üblich. Seriöse Kritik an gerichtlichen Entscheidungen setzt allerdings voraus, dass man sich darüber im Klaren ist, was die Aufgabe eines Gerichtes ist: das ist die Anwendung von Gesetzen unter Beachtung juristischer Auslegungsgrundsätze. Einem Gericht nun vorzuwerfen, dass es geltendes Recht anwendet, ist pure Polemik und eine Attacke gegen den demokratischen Rechtsstaat. Wie kaum ein anderes Staatsorgan sind Gerichte auf das Vertrauen der BürgerInnen angewiesen; vor allem deshalb, weil beinahe jede gerichtliche Entscheidung SiegerInnen und VerliererInnen erzeugt und ein Rechtsstaat nur dann funktioniert, wenn auch die VerliererInnen bereit sind, das für sie nachteilige Urteil zu akzeptieren.

Verzweckung der Verfassung?

Das Bundesverwaltungsgericht berief sich für seine Entscheidung u.a. auf das Staatsziel „umfassender Umweltschutz". Dieses Staatsziel ist sowohl im Bundesverfassungsrecht (BGBl I 2013/111) wie auch in der niederösterreichischen Landesverfassung (Art. 4) verankert; dort heißt es: „dem Klimaschutz kommt besondere Bedeutung zu" und weiter: „das Land Niederösterreich hat die Entfaltung der Wirtschaft unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und regionaler Notwendigkeiten zu fördern". Wenn der frühere Landeshauptmann von Niederösterreich dem Bundesverwaltungsgericht vorwirft, der Wirtschaft unter einseitiger Berufung auf den Umweltschutz Schaden zuzufügen, dann kennt er offenbar die eigene Landesverfassung nicht oder er nimmt sie nicht ernst.

Viel spricht dafür, dass Letzteres zutrifft: Die Verankerung von sogenannten „Staatszielen" im Verfassungsrecht entspringt einem unstillbaren Bedürfnis von PolitikerInnen, die Verfassung zu politischer Propaganda zu missbrauchen. Ich erinnere mich genau an die Entstehung des BVG Umweltschutz im Jahr 1984. Als die Ereignisse in der Hainburger Au die österreichische Innenpolitik erschütterten, hat die damalige Bundesregierung eilig versucht, sich als Beschützerin und Bewahrerin der Umwelt zu präsentieren. Eine der getroffenen Maßnahmen war das BVG vom 27. November 1984 über den umfassenden Umweltschutz; in diesem bekennt „sich die Republik Österreich zum umfassenden Umweltschutz". Die Entstehungsgeschichte dieses Bundesverfassungsgesetzes wird mir stets in Erinnerung bleiben. Während die Bundesregierung größten Wert darauf legte, mit der Verankerung des Umweltschutzes im österreichischen Verfassungsrecht ein politisches Signal zu senden, um den SympathisantInnen der BesetzerInnen der Hainburger Au den Wind aus den Segeln zu nehmen, sprachen sich VertreterInnen der Wirtschaft und der Gewerkschaften strikt gegen eine solche Regelung aus. Als Kompromiss hat man eine Formulierung gesucht, die gut klingt und möglichst keine rechtlichen Folgen hat. Ich erinnere mich sehr genau an die damalige Diskussion, die selbstverständlich nicht öffentlich geführt wurde. An dieser unehrlichen Haltung der politischen MachthaberInnen hat sich offenbar nichts geändert.

Auch die Verfassung hat Bedeutung

Die Hoffnung, man könne die Verfassung zu politischer Propaganda missbrauchen, ohne dass dies rechtliche Konsequenzen habe, erwies sich als trügerisch; jeder halbwegs versierte Jurist musste wissen, dass die Verfassung kein Lesebuch, sondern ein Regelwerk ist und dass ein Verfassungstext grundsätzlich nicht als inhaltsleer verstanden werden kann, sondern im Zweifel rechtliche Bedeutung hat. Bereits 1987 hat der Verfassungsgerichtshof dies ausdrücklich unter Bezugnahme auf das Staatsziel des Umweltschutzes ausgesprochen; verschiedene weitere Entscheidungen folgten. Dass sich das Bundesverwaltungsgericht in seinem Erkenntnis zur dritten Piste u.a. ausdrücklich auf den Umweltschutz berief, konnte daher nicht wirklich überraschend sein. Das Erkenntnis des BVG hat offenbar die Sorge ausgelöst, dass die Gerichte den verfassungsrechtlich als Staatsziel verankerten Umweltschutz auch künftig ernst nehmen und damit weitere Projekte verhindern könnten. Abgeordnete der Regierungsparteien schlugen nun vor, in einem eigenen Bundes-

Interesse 03_2017.indd 4 27.07.2017 11:11:57

verfassungsgesetz ein Bekenntnis „zu Wachstum, Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ als Staatsziel zu verankern.

Umwelt gegen Wirtschaft?

Projekte sollten nicht mehr allein unter Berufung auf den Umweltschutz verhindert werden können. Offenbar ist dieses Gesetzesvorhaben gescheitert, weil eine Regierungspartei erkannt hat, dass dieser Weg nicht erfolgversprechend ist; das hindert freilich den Landeshauptmann von Tirol nicht, von einem „fatalen Fehler“ zu sprechen. Man kann kaum glauben, dass heute noch ernsthaft die Auffassung vertreten wird, Umweltschutz und wirtschaftlicher Fortschritt stellten einen Gegensatz dar. Seit Langem ist nachgewiesen, dass zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz nicht ein „Entweder-oder“ herrscht, sondern ein „Sowohl-als-auch“. Wer den Umweltschutz vernachlässigt, schädigt den Wirtschaftsstandort und – jedenfalls mittel- und langfristig – auch Wachstum und Beschäftigung. Mögen zwardurch ein Projekt kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen werden, so kann aber mittel- und längerfristig der gegenteilige Effekt entstehen. Intelligente Politik muss also bestrebt sein, einen Umweltschutz zu forcieren, der gleichzeitig den wirtschaftlichen Wohlstand fördert. Dies erfordert freilich vielfach Umstrukturierungen und die Förderung neuer technologischer Entwicklungen. Dies anzuregen und zu begleiten ist eine Aufgabe verantwortungsvoller Politik. Schwammige Staatsziele in die Verfassung zu schreiben und zu hoffen, dass diese möglichst nicht zu ernst genommen werden, ist jedenfalls der falsche Weg; die Politik soll sich nicht vor der Verantwortung drücken und ihre Aufgabe an Gerichte delegieren. Sie sollte vielmehr präzise gesetzliche Regelungen schaffen, die sowohl dem Umweltschutz wie auch dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen.

Brüssel

Sozialpolitische Studienreise 2018
Begegnung mit EU, NGOs und Belgien

Fr., 20. April 2018 bis Mi., 25. April 2018

Brüssel ist vielleicht die europäischste aller Metropolen als Schnittpunkt von Politik und Verwaltung, Sitz der Schlüsselinstitutionen und Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Ein überwiegender Teil der politischen Rahmenbedingungen wird in Brüssel verhandelt, beraten und entschieden. Wir besichtigen das Europäische Parlament und sein Besucherzentrum, sprechen mit österreichischen Europa-Abgeordneten und Kommissions-Mitgliedern und treffen eine/n Journalistin/en bzw. eine NGO zu einem Hintergrundgespräch über aktuelle Entwicklungen. Wir erleben auch die Stadt selbst in Architektur, Klein-Kongo mitten in der Hauptstadt Europas, kulinarische Highlights und Menschen aus verschiedensten Ländern.
Fakultativ: Ausflug nach Gent

Vorbereitender Studientag: Mi., 11. April 2018, 18 bis 21 Uhr, Diözesanhaus Linz, mit DDr. Severin Renoldner
Reisebegleitung: MMag.ª Maria Dammayr, Dr. Christoph Mülleder
Preis: € 790,– (inkl. Bahnfahrten mit Liegewagen, Tickets, DZ/Frühstück, drei Stadtführungen, Begegnungen/Diskussionen, Reiseleitung, Ermäßigung bzw. Extras auf Anfrage)
Teilnehmerzahl: 20 bis 30 Personen
Anmeldeschluss: 1. Februar 2018

Infos und Anmeldung: *www.weltanschauen.at*
bzw. *Sozialreferat der Diözese Linz*, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz;
☎(0732) 76 10-32 51, sozialreferat@dioezese-linz.at

Kooperationspartner: Bildungshaus Schloss Puchberg, Bildungszentrum Dominikanerhaus Steyr, Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung

österreichische gesellschaft für politische bildung

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach 19 Jahren verabschiede ich mich als Redaktionsleiter und aus dem Sozialreferat der Diözese Linz, zeitgleich mit Angelika Gumpenberger-Eckerstorfer.
Wir wünschen der Zeitschrift „Interesse. Soziale Information“ weiterhin so profilierte AutorInnen und eine engagierte Leserschaft. Ihnen danken wir für die Treue und für gute Anregungen. Es ist eine Freude, dass die Kirche sich den sozialen Themen zuwendet, sie zu durchschauen sucht und immer auch nach tragfähigen Lösungen fragt. Die großen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt und um die Umwelt, um Europa und die weltweite Wirtschaftsdynamik, um autoritäre Tendenzen und Menschenrechtsverletzungen sollen nicht Anlass zu Resignation oder Nörgelei sein, sondern zu kritisch-ethischer Betrachtung und der konsequenten Suche nach humanen Lösungswegen. Wo aber wächst die Gefahr, wächst das Rettende auch.

Die Aufgabe, diese Themen fortzuführen, übernimmt *Maria Dammayr* als neue Referentin im Sozialreferat.

Severin Renoldner und Angelika Gumpenberger-Eckerstorfer

Interesse 03_2017.indd 5 27.07.2017 11:11:57

Lustige Frauen – ein Angriff?

Zwei Thesen: 1. Es gibt keine großen Komikerinnen. 2. Das ist weder evolutionär noch gottgewollt, sondern eine Gender-Sauerei. Wenn Sie verärgert widersprechen und Ihnen sieben erfolgreiche Berufshumoristinnen einfallen, dürfen Sie sich einen gebildeten Menschen nennen, bekommen eine Dispens und brauchen nicht weiterzulesen.

Dominika Meindl,
Schriftstellerin, Moderatorin, Performerin und selbsternannte Präsidentin der Literaturshow „Original Linzer Worte“

Da sind Sie ja noch. Lassen Sie sich nicht ärgern: Monty Python's, Josef Hader, Maschek – meine eigenen Favoriten sind hauptsächlich Männer. „Pratersterne“, das neue Comedy-Format im ORF, hat ein Frauenproblem. Das ist dem (im Übrigen hervorragenden) Moderator Hosea Ratschiller auch unangenehm, es würden sich halt kaum Frauen melden. Ich kann nicht widersprechen, arbeite ich doch selbst im humoristischen Dienstleistungssektor und verfüge über ein Alleinstellungsmerkmal, auf das ich wahnsinnig gerne verzichten möchte. Meine Kollegen, allesamt gendersensible Leute: allesamt Männer. Stimmt also, was die mit der schnellen Meinung sagen? Frauen seien einfach nicht komisch? Höchstens unfreiwillig, wie eine Katze, der man Sockerl angezogen hat und die betroppetzt durchs Zimmer stakst?

Humor gegen einzementierte Ungerechtigkeit

Natürlich nicht. Wir haben es mit einer Bastion der Ungleichheit zu tun, die wir gemeinsam erobern wollen. Wenn wir vom „Humor“ reden, geht es nicht um die unterbelichteten Kalauer eines Mario Barth, der Geschlechterbanalitäten einzementiert. Ironie, Witz, Satire sind unendlich wichtige Mittel der Kritik. Humor, der nicht die herrschenden Mächte bloßstellt, hat seinen Namen nicht verdient. „Humor ist die Höflichkeit der Verzweiflung“, sagte Karl Valentin, und für Wilhelm Genazino kommt das „Lachen aus verwandeltem Schmerz“ (jetzt haben wir selbst zwei Männer zitiert, herrjeh). Wenn der „gender gap“ so eklatant ist, bleibt Wesentliches ungesagt.

Der geringe Frauenanteil am Humor-Kuchen hat ärgerliche Gründe: ein diskriminierendes Rollenbild und den Ausschluss aus dem öffentlichen Raum. Ersteres ist schnell illustriert. Warum reden wir immer noch mehr über Merkels Sakkos als über ihre Politik? Wer Schreib-Workshops in Schulen abhält, sieht sofort, worum es geht. Die jungen Burschen fläzen raumgreifend, die Mädchen sitzen platzsparend-elegant, aufgefädelt wie kostbare Perlen. Sie haben wunderschönes, langes Haar und sehr kurze Hosen. Wenn sie sich trauen, etwas vorzulesen, ziehen sie den Kopf ein. Mit dieser Haltung wird's aber schwierig mit dem Humor, der wesentlich darauf basiert, sich ins Zentrum zu stellen und selbst bloßzustellen. Das reicht von der dezenten Selbstironie bis zur entgleisten Grimasse. Der Mann darf alles, was die Gesichtsmuskeln hergeben, der Frau ist die doofe Grimasse des sinnlich geöffneten Mündchens zugedacht. Die Sozialdarwinisten erklären, das habe eben evolutionäre Vorteile. ER müsse beim Arterhalt ja auf pfiffige Ideen kommen, das Lustigsein sei ein Wettbewerbsvorteil beim „survival of the fittest“. SIE, das künftige Muttertier, beweise ihre Erbgesundheit durch Anmut und Schönheit.

Witze gegen Nebelgranaten

Populisten glauben allen Ernstes, dass wir ihnen ein Burka-Verbot als Beitrag zur Frauenpolitik abnehmen. Solche Nebelgranaten sollen uns davon ablenken, dass sie ihre Macht nicht teilen wollen. Deswegen auch der Ausschluss aus der Öffentlichkeit, der mit den „sozialen“ Medien besondere Brisanz bekommen hat. Wer einen Anspruch stellt, wird mit sexualisierter Kritik und Gewalt konfrontiert: Die Schriftstellerin Stefanie Sargnagel wurde unlängst nach einem Krone-Bericht mit hasserfüllten, sexistischen Kommentaren überhäuft. Als Claudia Neumann als erste Frau ein EM-Spiel der Männer kommentierte, flippte das Netz aus. Wenn Volkslieblinge wie Felix Baumgartner oder Andreas Gabalier ihre archaischen Meinungen zur Rolle der Frau absondern, spielt es im Kommentarteil unter den Postings Granada.

Sprache und Macht

Die verbale Gewalt soll sprachlos machen und Frauen von den Männerdomänen fernhalten. Wirtschaftskrise und neoliberales Spardiktat haben den Verteidigungsreflex verstärkt. Deswegen gibt es nicht nur so wenige Spitzenpolitikerinnen und Aufsichtsrätinnen, sondern auch Kabarettistinnen. Wer andere zum Lachen bringt, hat Macht über sie (und zwar in der schönsten Form). Das dürfen Frauen offensichtlich immer noch nicht. Dabei sprechen alle Zahlen dafür, dass wir global den größten Anlass hätten, die Verhältnisse zu kritisieren und Verantwortliche zumindest der Lächerlichkeit preiszugeben.

In Amerika und in Deutschland sind sie da schon weiter. Schauen Sie sich nur die wunderbare Tina Fey an. Oder Heute-Show und Extra-3. Was haben wir? „Kalahari Gemsen“ und das Herrenballett beim Villacher Fasching. So geht das nicht weiter. Ermuntern wir die Mädchen zum Possenreißen. Unterstützen wir die mutigen Vorkämpferinnen. Machen wir Sexisten mit bösen Witzen maulfaul. Mit einer schönen Humor-Offensive nehmen wir übrigens auch dem öden „Killjoy“-Argument den Wind aus den Segeln. „Ihr Emanzen seid unlustig, wir machen doch nur Spaß.“ Wir ja auch!

Interesse 03_2017.indd 6 27.07.2017 11:11:57

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - intere
e - int

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

O. Rathkolb: Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Haymon Taschenbuch, Innsbruck – Wien 2011, 367 Seiten. € 30,80

Die aktualisierte Neuauflage des bereits 2005 erschienenen Taschenbuches hat sich in der Zwischenzeit zu einem Standardwerk der österreichischen Zeitgeschichte entwickelt, obwohl die Ereignisse der letzten Jahre noch keinen Niederschlag gefunden haben. Rathkolb gibt in zehn Längsschnitten die wesentlichsten Entwicklungen und Bausteine der Zweiten Republik wider: Auseinandersetzung mit den Mythen des Wiederaufbaus und der Gründung der Zweiten Republik, Eigenheiten der österreichischen Demokratie, Mythos und Realität der österreichischen Wirtschaftspolitik seit 1945, Überblick über die Kanzler der Republik, Österreichs Medienlandschaft, Neutralität und Staatsvertrag im neuen Europa, Kunst- und Kulturpolitik, Modell des österreichischen Wohlfahrtsstaates, Umgang mit der Vergangenheit sowie Zukunftstrends der politischen Architektur Österreichs. Besondere Berücksichtigung findet auch die Stellung der Frauen in den einzelnen Kapiteln. Eine gründliche Analyse der österreichischen Politik und Zeitgeschichte.

F. Hengsbach: „Was ist los mit dir, Europa?" Für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität! Westend Verlag, Frankfurt/Main 2017, 126 Seiten. € 14,40

Diese Frage richtete Papst Franziskus bei der Karlspreis-Verleihung an den EU-Kommissions-Präsidenten Juncker. Finanz- und Eurokrise (Griechenland), Brexit, aufkommender Nationalismus, Abschied von der Willkommenskultur und Hinwendung zur Abschiebepraxis dominieren die europäische Agenda. Ist Europa nicht in der Lage, mehr zu leisten? Hengsbach fordert einen Umbau, durch den Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität wieder zu Grundpfeilern der Politik werden. Weg mit dem „marktradikalen Erbgut" (Neoliberalismus), der die Ursache für die derzeitige Krise in Europa ist, der die Währungsunion und den Binnenmarkt beherrscht und der große Schäden verursacht hat. Er nimmt besonders Deutschland in die Pflicht und erinnert an die große Verantwortung, die es als wirtschaftlich stärkstes europäisches Land hat. Als wichtigstes Vorhaben, das aber behutsam angegangen werden muss, sieht Hengsbach eine Reform der Institutionen und Verfahren. Trotz aller Kritik ein Plädoyer für eine starke EU.

G. Gansinger: Nationalsozialismus im Bezirk Ried im Innkreis – Widerstand und Verfolgung 1938–1945, Studienverlag Innsbruck, Wien – Bozen 2016, 368 Seiten. € 29,90

Gottfried Gansinger hat über den Nationalsozialismus im Bezirk Ried im Innkreis umfassend recherchiert. Das Buch ist ein Aufdecker von bisher kaum in die Öffentlichkeit geratenen Fakten über Parteien und Weltanschauungen hinweg. Der Autor spart nicht mit Namen und Taten, ist zugleich bemüht, die Hintergründe der Untaten, aber auch die Widerstände und Einsprüche gegen das Regime auszuleuchten. Am Beispiel Kirche wird diese Ambivalenz zwischen Anpassung und Widerstand offenbar. Es werden einige Beispiele von Priestern und Ordensfrauen zitiert, die gegenüber dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben und in den Konzentrationslagern zu Tode kamen. Die offizielle Kirche hingegen verhielt sich zurückhaltend gegenüber den zunehmenden Übergriffen auf die Geistlichen.

Im Schlussteil des Buches wird der vielen Opfer gedacht, die dem sogenannten „Endsieg" zum Opfer gefallen sind. Damit wurde ein regional nachvollziehbares Geflecht von Opfern, aber auch von Tätern geschaffen – und zugleich ein Mahnmal gegen das Vergessen und Verdrängen.

Innerliche Erdbeben

In ruhigen Stunden überkam mich zuletzt oft Sorge, dass ich allmählich emotional verflache. Gefühle sind aber wichtig, auch wenn's die falschen sind. In der Jugend sind die Affekte noch Barock! Überwältigend, stark, dramatisch. Zwar empfinde ich die mit dem Alter wachsende Gleichmut als angenehm, doch man soll sich selbst nicht trauen – rennt der Welt grad nicht ein Radl im Dreck? Braucht's nicht auch meinen Beitrag, um endlich globale Gerechtigkeit herzustellen? Man sitzt halt jetzt abends lieber auf dem Balkon, trinkt Biobier und schickt anderen Spätdreißigern liebe Bilderl vom Gedeihen der Leibesfrüchte/Hundewelpen/Chilipflanzerl. Die Seelenarchitektur ist neoklassizistisch geworden.

Aber jüngst erschütterte ein politisches Erdbeben mein Innenleben und löste auf der nach oben hin offenen Erregungsskala eine gewaltige Gefühlsbewegung aus. Die Kürzung der Mindestsicherung hat mich aufgeregt wie schon Jahre nichts mehr. Sie sind ja sozial interessiert, deswegen wissen Sie bestimmt, dass die Verwaltung dieser Schikane mehr kostet, als sie einbringt. Es ist den politischen Entscheidungsträgern offensichtlich wichtig, der Bevölkerung zielgruppengerecht etwas auszurichten: Flüchtlinge – geht's bitte heim. Rassisten – wir nehmen euch ernst! Mindestlohnempfängerinnen – ihr verdient einen Lärcherlschas, aber fürchtet lieber den Abstieg in die von uns verwaltete Armut, statt zu fordern, was euch zusteht. Arbeitslose – wir brauchen euch, um den Working Poor Angst zu machen.

Mir selbst richtet man Folgendes aus: „Trink dein Bier aus und reg dich dermaßen über unsere politische Bosheit auf, dass jeder gekränkte Teenie neben dir wie ein Zen-Meister ausschaut!" Fast möchte ich für die Erschütterung dankbar sein.

Ihre Weinbergschnecke

Interesse 03_2017.indd 7 27.07.2017 11:11:57

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter

TERMINE

Miteinander weitergehen – Akademie für Ehrenamtliche
Workshop-Reihe für Engagierte in der Begleitung von Flüchtlingen
19./26. Sep., 3./10./17. Okt. 2017, jeweils 18 bis 21 Uhr
Organisation: Dr. Wilhelm Achleitner, Mag.ª Michaela Wagner (kbw)
Bildungshaus Schloss Puchberg
Puchberg 1, 4600 Wels
☎ (07242) 475 37
puchberg@dioezese-linz.at

Praxistag Friedhof
Der Friedhof als Naturraum im Wandel gesellschaftlicher Veränderungen & Bestattungsformen
Sa., 23. Sep. 2017, 10 bis 16 Uhr, in Wolfsegg a. H., Treffpunkt Friedhof
mit Dr. Karoline Jezik
Infos/Anmeldung: Kunstreferat
kunst@dioezese-linz.at
☎ (0732) 99 51 51-45 21

Die Akte Glyphosat
Geheime Studien – gekaufte Wissenschaft – betrogene Konsumenten
Mo., 25. Sep. 2017, 19 Uhr
Referent: Helmut Burtscher-Schaden,
Beitrag: € 9,– / 11,– (Vorreservierung)
Maximilianhaus, Gmundnerstraße 1b
4800 Attnang-Puchheim
☎ (07674) 665 50
maximilanhaus@dioezese-linz.at

Damit nicht auch die Letzten auswandern! Zur Situation der Christen im Heiligen Land
Di., 26. Sep. 2017, 19 Uhr
Vortragender: Johannes Zang
Ursulinenhof, Landstraße 31,
4020 Linz (Eintritt: € 7,–)
Veranstalter: Pax Christi OÖ, Bibelwerk Linz, Biblische Reisen u.a.

Amerika heute
Mi., 4. Okt. 2017, 19 Uhr, mit
Mag.ª Hannelore Veit-Fauqueux,
Dr. Roland Adrowitzer
Eintritt: € 15,–
Bildungshaus Schloss Puchberg

Demokratie ist möglich
Seminar zur politischen Bildung
16. und 30. Okt. sowie 13. und 27. Nov. 2017, jeweils Mi., 19 Uhr
Pfarre Guter Hirte, Linz-Neue Heimat
Seminarbeitrag für alle vier Abende nach dem Leistbar-Prinzip: € 15,– bis € 30,– (auch einzeln buchbar)
Info: ☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at
Anmeldung:
edwin.steiner14@gmail.com

„Ich war im Gefängnis und ihr seid zu mir gekommen" – Gefangenenseelsorge in OÖ
Reihe „Frieden im Dialog"
Di., 24. Okt. 2017, 18.30 bis 20 Uhr,
mit Mag. Markus Vormayr
im URBI@ORBI, Bethlehemstraße 1a, 4020 Linz
Veranstalter: Pax Christi OÖ, URBI@ORBI Linz, EBW, KBW und Sozialreferat der Diözese Linz

Arbeit und Solidarität in globalen Produktionsnetzwerken: Das Beispiel der Bekleidungsindustrie in Bangladesch
Reihe „Frieden im Dialog"
Di., 28. Nov. 2017, 18.30 bis 20 Uhr
Vortragende: Prof. Dr.in Elke Schüßler
im URBI@ORBI Linz
Veranstalter: Siehe oben.

Terminaviso: Brüssel
Sozialpolitische Studienreise, Begegnung mit EU, NGOs und Belgien
Fr., 20. April bis Mi, 25. April 2018
Näheres siehe Seite 5.

Was darf eigentlich noch gesagt werden?

Plädoyers für die Meinungsfreiheit.

Diskurscafé – Reden Sie mit!
Di., 21. Nov. 2017, 19 bis 21 Uhr, Ursulinenhof, Linz

Das Thema „Meinungsfreiheit in Österreich" wird aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet: Was sagt ein Journalist? Was darf Satire? Wie war das in Österreichs Vergangenheit – wie ist es jetzt? Trägt Bildung zu einer fundierten Meinungsbildung bei, ermuntert sie, die eigene Meinung zu sagen? Wo sind die Grenzen der Meinungsfreiheit?

Impulsreferate und Diskussionen an Tischen, Podiumsgespräch

ReferentInnen:
Mag.ª Dominika Meindl, Thomas Rammerstorfer, DDr. Helmut Wagner u.a.
Infos und Anmeldung: Sozialreferat der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at

österreichische gesellschaft für politische bildung

Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Severin Renoldner
Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz

Katholische Kirche in Oberösterreich